



Herrn
Hendrik Dohmeyer
Pflegerische Angehörige e.V.
Friedrich-Karl-Str. 90
28205 Bremen

Berlin, 5. Juni 2023
Bezug: Schreiben des
Ausschussdienstes vom 3. Mai 2023

Anlagen: 1

Referat Pet 2
BMG, BMUV, BR, BT

Frau Mehnert
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-33741
Fax: +49 30 227-36130
vorzimmer.pet2@bundestag.de

**Pflegeversicherung -Leistungen-
Pet 2-20-15-8291-019061 (Bitte bei allen Zuschriften angeben)**

Sehr geehrter Herr Dohmeyer,

Ihr Anliegen ist auch von anderen Petentinnen und Petenten an den Petitionsausschuss herangetragen worden. Nach den Verfahrensgrundsätzen des Ausschusses (veröffentlicht unter www.bundestag.de/petition) wird in einem solchen Fall eine Petition zur sog. Leitpetition bestimmt und die übrigen Petitionen - dazu gehört auch Ihre - werden als Mehrfachpetitionen geführt.

Das Anliegen dieser Eingabe lautet sinngemäß: "Mit der Petition werden die Erhöhung des Pflegegeldes sowie die Entlohnung pflegender Angehöriger gefordert."

Sie haben Ihre Petition zudem mit dem Wunsch eingereicht, diese auf der Internetseite des Petitionsausschusses zu veröffentlichen. Nach Nr. 4 Buchstabe b) der Richtlinien des Ausschusses für die Behandlung von öffentlichen Petitionen (ebenfalls veröffentlicht unter www.bundestag.de/petition) kann von einer Veröffentlichung einer Petition abgesehen werden, wenn sich - wie in Ihrem Fall - bereits eine sachgleiche Petition in der parlamentarischen Prüfung befindet. Ich bitte um Verständnis dafür, dass deshalb Ihre Petition nicht veröffentlicht wird.

Ungeachtet dessen wird Ihre Petition zusammen mit der Leitpetition so sorgfältig und gründlich wie jede andere an den Deutschen Bundestag gerichtete Petition inhaltlich geprüft. Die Prüfung wird deshalb einige Zeit in Anspruch nehmen. Über das Ergebnis des Petitionsverfahrens werden Sie selbstverständlich unterrichtet. Bis dahin bitte ich um Ihre Geduld.

Auf das beigegefügte Merkblatt weise ich vorsorglich hin.



Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Mehnert

Mehnert

10 Punkte zum Ablauf und Inhalt des Petitionsverfahrens

Um Ihnen Rückfragen zu ersparen, werden die im Regelfall üblichen Verfahrensschritte aufgezeigt.

1. Das Petitionsverfahren beim Deutschen Bundestag ist ein schriftliches Verfahren. Petitionen auf elektronischem Wege erfüllen diese Voraussetzungen nur, wenn sie auf einem der dafür im Internet zur Verfügung gestellten Formulare eingereicht werden.
2. Parlamentarisch beraten werden Bitten zur Gesetzgebung des Bundes und Beschwerden über die Tätigkeit von Bundesbehörden.
3. Petitionen, die nicht in die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Bundes fallen, werden an den Petitionsausschuss des jeweiligen Landesparlaments abgegeben, soweit die Landeszuständigkeit gegeben ist. Da der Deutsche Bundestag keine gerichtliche Instanz ist, kann er weder Urteile aussprechen noch Gerichtsentscheidungen aufheben oder abändern.
4. Zu jeder Petition wird eine Akte mit einer Petitions-Nummer angelegt. Die Daten werden unter Beachtung des Datenschutzes elektronisch erfasst. Der Absender der Petition (Petent) erhält eine Eingangsbestätigung.
5. Soweit erforderlich, bittet der Petitionsausschuss das zuständige Bundesministerium oder die zuständige Aufsichtsbehörde des Bundes um Stellungnahme.
6. Die Stellungnahme des Bundesministeriums oder der Aufsichtsbehörde wird vom Ausschussdienst geprüft.
7. Kann die Petition nach der Stellungnahme erfolgreich abgeschlossen werden, wird dies dem Petenten mitgeteilt. Der Petitionsausschuss beschließt, den Abschluss des Verfahrens zu empfehlen. Der Deutsche Bundestag beschließt entsprechend dieser Empfehlung.
8. Ergibt die Prüfung des Ausschussdienstes, dass die Petition keinen Erfolg haben wird, gibt es zwei Möglichkeiten:
 - a) Dem Petenten wird das Ergebnis der Prüfung in einem vereinfachten Verfahren durch den Ausschussdienst mitgeteilt. Der Petent kann somit sein Anliegen noch einmal kritisch überprüfen und entscheiden, ob er seine Petition aufrechterhält.
 - b) Der Ausschussdienst erstellt für die parlamentarische Beratung eine Beschlussempfehlung mit Begründung. Der Petitionsausschuss berät die Petition und verabschiedet eine Empfehlung, über die der Deutsche Bundestag beschließt. Der Petent wird dann abschließend über das Ergebnis der Beratungen zu seiner Petition informiert.
9. Ergibt die Beratung im Petitionsausschuss, dass die Petition insgesamt oder teilweise begründet ist, fasst der Deutsche Bundestag auf Empfehlung des Petitionsausschusses einen entsprechenden Beschluss, der dem Petenten und der Bundesregierung übermittelt wird.
10. Die Bundesregierung ist wegen des Grundsatzes der Gewaltenteilung nicht verpflichtet, dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu folgen. In diesem Fall muss sie jedoch ihre abweichende Haltung gegenüber dem Petitionsausschuss begründen.

Das beschriebene umfangreiche Prüfungsverfahren ist nicht in wenigen Wochen durchzuführen. Bitte bedenken Sie auch: Sachstandsankfragen führen angesichts der Fülle der im Ausschussdienst zu bearbeitenden Vorgänge in aller Regel zu Verzögerungen in der Petitionsbearbeitung. Es wird deshalb gebeten, davon Abstand zu nehmen.